

Zürich

Unechte Notfälle sollen Gebühr zahlen

Kantonsrat Wer wegen einer Bagatelle und ohne vorherige Konsultation des Ärztelefons eine Notfallstation aufsucht, soll inskünftig eine Strafgebühr zahlen müssen. So will es das Kantonsparlament.

Thomas Schraner

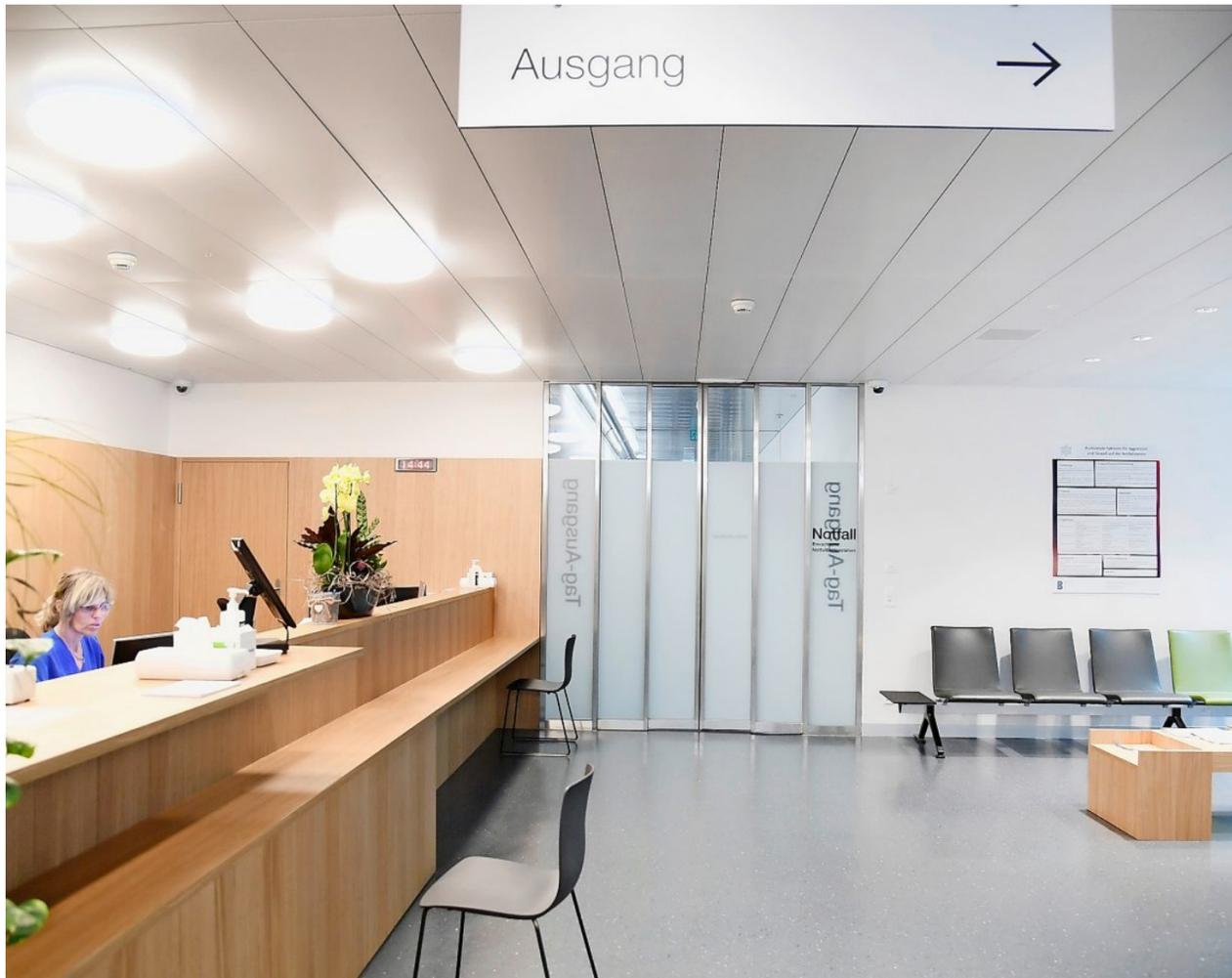
Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (SVP) positionierte sich klar: «Auf kantonaler Ebene ist das nicht umsetzbar», rief sie den Parteien zu, die eine Notfallgebühr befürworten. Zu ihnen gehören neben der SVP auch FDP, CVP und GLP. Mit 99 zu 64 Stimmen überwies sie die Motion aus der Feder von GLP und CVP. Dagegen stimmten SP, Grüne, EVP und AL. Die Regierung muss nun eine Vorlage zum Thema ausarbeiten.

Worum es im Detail geht, erklärte Daniel Häuptli (GLP, Zürich). Die Notfallabteilungen der Spitäler werden überrannt von Leuten, die wegen Lappalien und Boboos wie Sonnenbränden oder Erkältungen kommen, und zwar zu jeder Tages- und Nachtzeit und sieben Tage die Woche. Das verursacht viel höhere Kosten, als wenn solche Patienten zuerst eine Permanence, einen Hausarzt oder eine Apotheke aufsuchen würden. Häuptli schlägt deshalb ein Eintrittsgeld in der Höhe von rund 50 Franken für Notfallstationen vor.

Zahlen sollen diejenigen, die vorher nicht die vor zwei Jahren eingeführte Notfallnummer des Ärztelefons angerufen und von dort eine Empfehlung zum Aufsuchen einer Notfallstation erhalten haben. Dass das bundesrechtswidrig sei, wie die Regierung in ihrer Antwort auf den Vorstoss schrieb, glaubt er nicht. Die Grünen versuchte Häuptli mit dem Hinweis ins Boot zu holen, dass die Partei im Aargau dieselbe Idee mit einem Strafgeld von 100 Franken unterstützte.

Zulasten echter Notfälle

Schützenhilfe erhielt die GLP von René Truninger (SVP, Illnau-Effretikon), der auf die langen Wartezeiten in Notfallstationen verwies. Die Zahl der Notfälle zwischen 2007 und 2014 habe um 42 Prozent zugenommen. «Die echten Notfälle leiden darunter», sagte er und zeigte sich überzeugt, dass sich die Menschen «durch Geld steuern lassen». Linda Camenisch (FDP, Wallisellen) sieht das ähnlich. Mehr als die Hälfte der Notfallpatienten seien am falschen Ort. Handlungsbedarf sähen eigentlich alle, meinte Mitunterzeichner Lorenz Schmid (CVP, Männedorf). Seiner Ansicht nach gibt es zu viele Notfallstationen im Kanton Zürich. Schmid findet es deplatziert, dass diese unterdessen sogar Werbung machen und so



Die Notfallabteilungen verzeichnen stetig mehr Zulauf. Im Bild ein ruhiger Moment im Notfall des Kantonsspitals Winterthur. Foto: Madeleine Schoder

«Die Gebühr ist nicht durchdacht. Es wird ein Fiasko geben wie beim Schiffsfünfliber.»

Esther Straub
Kantonsrätin SP

das Kostenproblem verschärfen. Eine ganz andere Optik haben die Gegner, obwohl auch sie das Problem anerkennen. Esther Straub (SP, Zürich) verglich die geplante Gebühr mit dem gescheiterten Schiffsfünfliber. «Das Ganze ist nicht durchdacht», sagte sie und prophezeite ein ähnliches Fiasko wie beim Fünfliber. Zum einen sei eine Strafgebühr bundesrechtswidrig, zum anderen sei es «reinste Bürokratie», wenn man Patienten in Notsituationen mit einer Gebühr behellige. Stattdessen solle man die Menschen besser aufklären und die Triage professioneller gestalten. Kathy Steiner (Grüne, Zürich) glaubt nicht, dass eine Gebühr weiterhilft. Wer das Ärztefon anrufe, sehe in der Regel eine hohe Dringlichkeit, weshalb er oder sie wahrscheinlich weiterhin an die

Notfallstation verwiesen werde. Mark Wisskirchen (EVP, Kloten) sieht vor allem ein Problem für Ältere, Geringverdiener oder Migranten. Es bestehe die Gefahr, dass sich diese wegen der Gebühr nicht rechtzeitig behandeln liessen.

Kaspar Bütikofer (AL, Zürich) bezeichnete die Strafgebühr als Schnapsidee. Wenn sie Wirkung zeige, dann treffe sie höchstens die Falschen. Lenkungsabgaben wie im Energiebereich seien hier falsch. Wer in den Notfall wolle, befinde sich im Notfallmodus und handle nicht als gut informierter Patient. «Er ist von Panik gesteuert und kennt weder den Schweregrad seines Problems, noch den angemessenen Ort für die Behandlung.» Die Lösung sieht Bütikofer in einer besseren Hausarztmedizin und in

einer besseren Information der Leute über die Notfallnummer.

Kniffliger Fall

Josef Widler (CVP, Zürich), Präsident der Zürcher Ärztesellschaft, brachte ein weiteres Argument gegen eine Gebühr vor: Es werde nicht lange dauern, bis etwa eine Hirsländenklinik die Notfallgebühr abschaffe und damit Werbung mache. Sodass andere Spitäler nachziehen müssten. Und Gesundheitsdirektorin Rickli konfrontierte die Initianten am Schluss der Debatte mit einem kniffligen Fall: Sie fragte, ob ein Patient, der ein Bein gebrochen hat und auf den Notfall kommt, ohne vorher die Notfallnummer angerufen zu haben, die Strafgebühr zahlen müsse oder nicht. Eine Antwort darauf erhielt sie nicht.

Vorstoss fordert Ausländer als Kantonspolizisten

Kantonsrat «Die Kantonspolizei Zürich soll die Bevölkerung im Kanton besser abbilden», schreiben Laura Huonker (AL, Zürich) und Andrea Gisler (GLP, Gossau) in einem Postulat, das sie gestern im Kantonsrat eingereicht haben. Um dies zu erreichen, sei Diversität in Herkunft, Ethnie, Geschlecht und Nationalität wünschenswert. Die Parlamentarierinnen fordern, dass künftig auch Ausländerinnen und Ausländer mit Niederlassungsbewilligung C als Aspirantinnen und Aspiranten der Kantonspolizei aufgenommen werden sollen.

Ihren Vorstoss begründen die beiden Politikerinnen damit, dass 27 Prozent der Wohnbevölkerung im Kanton ausländisch sind. Laut den Postulantinnen ist es nicht mehr zeitgemäss, dass es der niedergelassenen ausländischen Wohnbevölkerung verwehrt ist, den Beruf der Polizistin oder des Polizisten zu ergreifen. Mit Schwyz, Basel-Stadt, Jura und Genf gebe es zudem bereits Kantone, welche den Zugang zur Polizeischule und teilweise auch in den Polizeidienst nicht an den Schweizer Pass knüpfen würden.

Auch in der Stadt Zürich

Eine Motion mit demselben Anliegen – bezogen auf die Zürcher Stadtpolizei – haben Shaibal Roy (GLP) und Marcel Bührig (Grüne) vor gut einem Monat im Zürcher Gemeinderat eingebracht. Hier wurde zusätzlich argumentiert, man könnte so die Personalknappheit lindern.

Der Vorstoss missfiel der Stadtzürcher SVP. «Viele Leute mit C-Ausweis beherrschen unsere Sprache zu wenig perfekt», begründete Mauro Tuena, Präsident der SVP Stadt Zürich. Ausserdem sei es wichtig, dass Polizisten den Gesetzgebungsprozess kennen würden und dabei selber mitbestimmen könnten. (pag)

Nachrichten

Motorradlenker verunfallt tödlich

Birmensdorf Bei einem Unfall in Birmensdorf ist am frühen Montagmorgen der Lenker eines Motorrades ums Leben gekommen. Der 29-jährige war auf der Luzernerstrasse in Richtung Wettswil unterwegs gewesen, wie die Kantonspolizei mitteilte. In einer lang gezogenen Linkskurve geriet er über den rechten Fahrbahnrand hinaus und kollidierte mit einem Beleuchtungskandelaber. (red)

24-Jähriger wird tot auf Baustelle gefunden

Opfikon Ein 24-jähriger Mann ist gestern Morgen in Glattbrugg (Gemeinde Opfikon) tot auf einer Baustelle gefunden worden. Die Todesursache ist noch unklar. Es gibt jedoch keinerlei Hinweise auf ein Gewaltdelikt, wie die Kantonspolizei Zürich mitteilte. (sda)

Kollision zwischen Lastwagen und Auto

Neerach Eine 63-jährige Autolenkerin hat sich gestern in Neerach bei einer Kollision mit einem Lastwagen unbestimmte Verletzungen zugezogen. Sie musste ins Spital geflogen werden, teilte die Kantonspolizei Zürich mit. Der 28-jährige Lastwagenfahrer blieb unverletzt. (sda)

Neuer architektonischer Hingucker soll in Zürich-West entstehen

EWZ Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich plant Umbau und Erweiterung seines Areals in der Herdern.

Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ) will seine Arbeitsplätze und Lagerflächen auf zwei Standorte konzentrieren: auf das Betriebsgebäude in Oerlikon einerseits und den Werkhof Herdern in Zürich-West andererseits. Mit den bestehenden Bauten lasse sich dieses Ziel aber nicht erreichen, schreibt die Stadt in einer Mitteilung.

Das Hauptgebäude in Zürich-West biete für die künftigen Nutzungen zu wenig Raum, und die Lagerhalle sowie die Lagerflächen im Freien erfüllten die Anforderungen an einen effizienten Verkehrs- und Warenfluss

nicht mehr, heisst es in der Medienmitteilung. Das rund 45 Jahre alte Gebäude sei überdies nicht mehr im besten Zustand und sanierungsbedürftig.

Grundwasser liefert Energie

Die Stadt Zürich plant deshalb die Erweiterung des Hauptgebäudes, den Ersatz der Lagerhalle durch einen Neubau sowie eine Verbesserung des Aussenbereichs. Zudem soll das Betriebsgebäude instand gesetzt werden. Durch einen neuen Verlauf des Mühlewegs ist das Areal zudem künftig für die Öffentlichkeit durchgängig.

Dank einer Aufstockung des Betriebsgebäudes um zwei Geschosse werden in Zürich-West künftig statt 350 Arbeitsplätze

600 zur Verfügung stehen. Wichtigste Energiequelle sei das Grundwasser, das mit einer neuartigen Rezirkulationsanlage ge-

nutzt werden soll, schreibt die Stadt. Auf dem Gebäude ist ausserdem eine grossflächige Photovoltaik-Anlage vorgesehen.

Stimmbürger entscheiden

Über den Objektkredit in der Höhe von 167,4 Millionen Franken wird der Gemeinderat in einer seiner kommenden Sitzungen entscheiden. Das letzte Wort darüber hat die Zürcher Stimmbürgerschaft. Wann diese Abstimmung stattfindet, ist aber noch offen. Die Stadt will möglichst in zwei Jahren mit den Bauarbeiten beginnen und diese 2025 abschliessen. (sda)



Visualisierung des aufgestockten EWZ-Betriebsgebäudes. Foto: PD